



Angelika Wehler, die Vorsitzende des Fördervereins der Grundschule Salchendorf, übergab gestern eine fast 2500 Namen zählende Unterschriftenliste an Bürgermeister Bernhard Baumann. Es war eine Willensbekundung.

Foto: Michael Wetter

Ratsvertreter verließen Sitzung

NEUNKIRCHEN Grundschulschließung: CDU, FDP und UWG beschlossen gestern eigenen Antrag

„Weil die Abstimmung erzwungen ist, werden wir nicht mit abstimmen.“

wette ■ Eines muss man den Ratssitzungen in Neunkirchen lassen: Hohen Unterhaltungswert haben sie ja mittlerweile. So dauerte es gestern keine drei Minuten, bis die SPD-Fraktion erstmals geschlossen den Ratssaal verließ. Fünf Minuten später wurde die Sitzung fortgesetzt – mit Vertretern der SPD. Doch schon kurz darauf verließen die Sozialdemokraten ein zweites Mal den Ratssaal – diesmal aber kamen sie nicht mehr zurück. Manuela Köninger und Murat Bagiran von den Grünen taten es ihnen gleich. Es war eine deutliche Botschaft in Richtung CDU, FDP und UWG. Ihr Inhalt: „Weil die Abstimmung erzwungen ist, werden wir nicht mit abstimmen“, sagte beispielsweise Manuela Köninger.

Zunächst kam gestern alles so, wie man es wohl erahnen konnte. Bernhard Baumann kündigte an, den Tagesordnungspunkt sieben von der Tagesordnung nehmen zu wollen. Es sei Zeit, in der anstehenden Sommerpause klaren Kopf zu bekommen und alles in Ruhe zu überdenken, so Baumann. Logisch, es ging einmal mehr um die Schließung der drei Grundschulen im Ort.

Um das Thema allerdings von der Tagesordnung zu heben, bedarf es nun mal der Zustimmung des Rates. Und weil in diesem CDU, FDP und UWG die Mehrheit besitzen... Genau – es kam so, wie es auch zu erwarten war: Die drei Fraktionen dachten gar nicht daran, den umstrittenen und mittlerweile viel diskutierten Antrag von der Tagesordnung nehmen zu lassen. Das wiederum brachte Heinz-Werner Feuring (SPD) auf die Palme, der kurzerhand eine Unterbrechung forderte. Kurz

darauf teilte er mit, dass sich seine SPD-Fraktion bezüglich der Grundschulen zum jetzigen Zeitpunkt an keiner Abstimmung beteiligen und deshalb später geschlossen den Raum verlassen werde. Nicht aber, um sich vorher nicht doch noch einen kleinen Schlagabtausch mit dem politischen Gegner zu liefern.

Denn als es um die Reduzierung der Aufwendungen im Bereich der Bibliothek ging (siehe Extra-Meldung), wurden noch einmal kurz die Positionen ausgetauscht. Während die eine Seite (SPD und Grüne) bedauerte, dass auch hier mal wieder auf Kosten der Bildung und der Familien gespart werden solle, verteidigte die andere Seite (CDU, FDP und UWG) den eigenen Antrag als Maßnahme, die nicht weh tue. Man habe schließlich viele Jahre über die eigenen Verhältnisse gelebt und müsse nun die Ausgaben den Einnahmen anpassen. Die Abstimmung verlief natürlich wie erwartet. CDU, FDP und UWG stimmten für den eigenen Antrag, SPD und Grüne dagegen. Es ist momentan eben recht einfach, das Neunkirchner Abstimmungsverhalten vorherzusagen.

Wohl auch deshalb verließen SPD und Grüne vor dem Tagesordnungspunkt sieben wie angekündigt den Ratssaal – und mussten sich in Abwesenheit auch Feigheit vorwerfen lassen (Anderseck). Was ihnen aber neben den Wortgefechten einiger Ratsvertreter mit Gästen auf der Zuschauertribüne entging, war der kleine Kompromissvorschlag, den die drei Fraktionen dann in Form eines Antrages einbrachten und direkt auch beschlossen.

So erhielt die Verwaltung gestern Abend den Auftrag, zum Herbst 2015 eine Projektgruppe ins Leben zu rufen, in der je ein Vertreter der Grundschulleitungen, je ein Vertreter der Grundschul-Pflegschaften, je ein Vertreter der Ratsfraktionen und zwei Mitglieder der Verwaltung mitwirken. Die Projektgruppe solle zur Opti-

mierung der Grundschullandschaft bis zum Sommer 2016 ein Konzept zur Zusammenlegung der Grundschulen erarbeiten, hieß es. Darüber hinaus erhielt die Verwaltung den Auftrag, alle formaljuristischen Vorgaben zur Ermöglichung einer Beschlussfassung zur Zusammenlegung der Grundschulen zu erfüllen. Diese Arbeiten sollen spätestens bis Sommer 2016 erledigt sein.

Bürgermeister Bernhard Baumann, der als einziger gegen den Antrag stimmte, sei immerhin etwas erleichtert gewesen, dass sich die drei Fraktionen zumindest mit Blick auf den Zeitplan bewegt hätten. „Auch wenn ich mir eine noch ergebnisoffenere Diskussion gewünscht hätte.“

Ach so: Es waren gestern übrigens nicht nur die Ratsvertreter, die ein deutliches Zeichen setzten. Im Vorfeld der Sitzung hatten Vertreter der Fördervereine und Eltern eine 2500 Namen zählende Unterschriftenliste überreicht. Als Willensbekundung. Das aber könnte sich schon bald ändern. Denn sollte sich der Rat tatsächlich auf die Schließung der drei Grundschulstandorte im Ort verständigen, werden wohl auch die Gegner des Antrags ernst machen. Im Fall der Fälle, so wurde gestern deutlich, würde dann zum ersten Mal in der Geschichte der Gemeinde Neunkirchen das Konstrukt des Bürgerentscheids zum Einsatz kommen.

Heißt: Sofern die Antragsgegner in einem ersten Schritt mindestens 9 Prozent der Wahlberechtigten in Neunkirchen per Unterschrift mobilisieren, muss der Rat in einem zweiten Schritt überprüfen, ob das Bürgerbegehren geltendem Recht entspricht. Das aber dürfte im vorliegenden Fall reine Formsache sein. In einem dritten Schritt müssten dann alle Neunkirchner an der Wahlurne ihre Stimme abgeben, entweder für den Erhalt oder für die Schließung. Das letzte Wort in der Sache ist also längst noch nicht gesprochen.